Satzung LernLust JETZT e.V.

§ 1 – Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen LernLust JETZT. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt danach den Zusatz „e.V.“.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in München.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 – Vereinszeichen

Das Vereinszeichen ist das zusammengesetzte Wort „Lern“ in hellblau und „Lust“ in schwarz, darunter mit Großbuchstaben „JETZT“ in Magenta und alles verbunden über ein Ausrufezeichen in mittelblau über beide Schriftzüge.

§ 3 – Zweck und Gemeinnützigkeit des Vereins

- (1) Der Verein mit Sitz in Missen-Wilhams ist eine überparteiliche Personenvereinigung und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Vereinszweck ist die Entwicklung und Unterstützung einer Bürgerbewegung zur Verbesserung von Lernfreude und Lernlust an den Bildungseinrichtungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz. Dies umfasst
 - die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe nach § 52 Nr. 7 AO;
 - die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens nach § 52 Nr. 13 AO;
 - die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach § 52 Nr. 24 AO;
 - die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke nach § 52 Nr. 25 AO.
- (2) Der Satzungszweck wird unter anderem verwirklicht durch:
 - Unterstützung bei der Gründung von Ortsbündnissen;
 - Gestaltung von unterstützenden Angeboten für und mit Ortsbündnissen, Bildungseinrichtungen und kommunalen Trägern, wie z.B. Beratung, Mediation, Tagungen, Kurse, Vorträge, Veranstaltungen, Umgestaltung von Lehr- und Lernumgebungen;
 - Entwicklung von eigenen Formaten jeglicher Art zur Unterstützung der Transformation des Bildungssystems entsprechend dem Nationalen Aktionsplan der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, der UNESCO Roadmap 2030 und dem OECD Lernkompass 2030;

- Bereitstellen von unterstützenden Informationen und dem Unterhalt von digitalen Angeboten, wie z.B. einer Website;
 - Unterstützung bei der Vernetzung der entstehenden Ortsbündnisse, der Bildungseinrichtungen und kommunalen Träger untereinander sowie mit fördernden außerschulischen Akteuren;
 - Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Gewinnung von Bündnispartnern für diese Bürgerbewegung.
- (3) Zweck des Vereins ist auch die Mittelbeschaffung und Weitergabe gem. § 58 Nr. 1 und 2 AO für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke einer anderen Körperschaft im Sinne von § 58 Nr. 1 und 2 AO.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (6) Es darf keine Person durch die Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 – Mitgliedschaft

- (1) Der Verein besteht aus
- a. ordentlichen Mitgliedern,
 - b. Ehrenmitgliedern,
 - c. fördernden Mitgliedern.
- (2) Ordentliches Mitglied kann jede natürliche und juristische Person werden, die Ziele des Vereins neben einem regelmäßigen finanziellen Beitrag auch durch ehrenamtliches Engagement unterstützt.
- (3) Ehrenmitglied des Vereins kann eine natürliche Person werden, die sich um den Verein und die Erfüllung seiner Aufgaben im besonderen Maße verdient gemacht hat.
- (4) Förderndes Mitglied kann jede natürliche und juristische Person werden, die die Ziele des Vereins durch regelmäßige finanzielle Beiträge unterstützt.
- (5) Ordentliche und fördernde Mitglieder haben einen Beitrag zu leisten.

§ 5 – Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen, bei Minderjährigen ist der Aufnahmeantrag durch die gesetzlichen Vertreter zu stellen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach eigenem Ermessen. Eine Ablehnung des Antrags muss er gegenüber dem Antragsteller nicht begründen.
- (2) Ehrenmitglieder werden durch den Vorstand vorgeschlagen und in der Mitgliederversammlung ernannt. Die Ehrenmitgliedschaft beginnt mit der Annahme

durch das Ehrenmitglied; gleichzeitig endet eine gegebenenfalls bestehende ordentliche oder fördernde Mitgliedschaft.

- (3) Die Mitgliedschaft im Verein endet durch
 - a) den Tod (bei juristischen Personen mit deren Erlöschen);
 - b) durch schriftliche Austrittserklärung; diese ist gegenüber dem Vorstand zu erklären und kann nur mit einer Frist von 1 Monat zum Quartalsende erfolgen;
 - c) bei ordentlichen oder fördernden Mitgliedern im Falle der Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge automatisch mit dem Ablauf von zwei Kalenderjahren seit der letzten Zahlung des Mitgliedsbeitrages;
 - d) durch Ausschluss (siehe (4)).
- (4) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise schädigt. Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, in der Mitgliederversammlung zu den Gründen des Ausschlusses Stellung zu nehmen. Diese sind ihm mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen.

§ 6 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, an der Mitgliederversammlung und an allen öffentlichen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen. Sofern vorhanden, hat jedes Mitglied das Recht die Einrichtungen des Vereins zu nutzen.
- (2) Jedes Mitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.
- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern, insbesondere seine Mitgliedsbeiträge zu leisten und, soweit es in seinen Kräften steht, das Vereinsleben durch seine Mitarbeit zu unterstützen.

§ 7 – Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Mitgliedsbeiträge werden von der Mitgliederversammlung festgelegt.
- (2) Ehrenmitglieder sind von den Mitgliedsbeiträgen befreit.

§ 8 – Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 9 – Vorstand

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter.

Satzung in der 4. Fassung vom 24.1.2024

- (2) Der Vorsitzende und sein Stellvertreter vertreten den Verein jeweils allein.
- (3) Den Mitgliedern des Vorstandes kann eine Vergütung gezahlt werden. Über die Höhe der Vergütung entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 10 – Aufgaben des Vorstandes

- (1) Dem Vorstand des Vereins obliegen die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung;
 - b) die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
 - c) die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichtes;
 - d) die Aufnahme neuer Mitglieder,
 - e) die Benennung von Ehrenmitgliedern.

§ 11 – Bestellung des Vorstandes

- (1) Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren einzeln gewählt. Mitglieder des Vorstandes können nur Mitglieder des Vereins sein; mit der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand. Die Wiederwahl oder die vorzeitige Abberufung eines Mitglieds durch die Mitgliederversammlung ist zulässig. Ein Mitglied bleibt nach Ablauf der regulären Amtszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers im Amt.
- (2) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder des Vorstands berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zu Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen.

§ 12 – Beratung und Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die Stimme seines Stellvertreters.
- (2) Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Protokollführer sowie vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter oder einem anderen Mitglied des Vorstandes zu unterzeichnen.
- (3) Auf Beanstandungen des Amtsgerichts oder des Finanzamts hin ist der Vorstand ermächtigt die Satzung anzupassen. Die Mitglieder sind umgehend darüber zu informieren.

§ 13 – Aufgaben der Mitgliederversammlung

Der Mitgliederversammlung obliegt:

- a) Änderungen der Satzung;
- b) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge;
- c) die Ernennung von Ehrenmitgliedern sowie der Beschluss zum Ausschluss von Mitgliedern aus dem Verein;
- d) die Wahl und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
- e) die Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichts und die Entlastung des Vorstandes;
- f) der Beschluss zur Auflösung oder Verschmelzung des Vereins sowie zur Übertragung des vorhandenen Vermögens.

§ 14 – Einberufung der Mitgliederversammlung

- (1) Mindestens einmal im Jahr ist vom Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Den Ort der Versammlung bestimmt der Vorstand. Eine virtuelle Mitgliederversammlung ist zulässig. Der Vorstand ist dabei verpflichtet, auf die Wahrung der Stimmrechte der Mitglieder und die Protokollvorschriften zu achten. Die Einberufung erfolgt schriftlich per Brief oder Email unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Bekanntgabe der Tagesordnung.
- (2) Die Tagesordnung wird vom Vorstand festgesetzt. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Über den Antrag entscheidet der Vorstand. Über Anträge zur Tagesordnung, die vom Vorstand nicht aufgenommen wurden oder die erstmals in der Mitgliederversammlung gestellt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Dies gilt nicht für Anträge, die eine Änderung der Satzung, Änderung der Mitgliedsbeiträge oder die Auflösung oder Verschmelzung des Vereins und die Übertragung des Vermögens zum Gegenstand haben.

§ 15 – Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Vorstands, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter und bei dessen Verhinderung von einem durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Versammlungsleiter geleitet.
- (2) Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Ausnahmen davon sind Änderungen zum Zweck.

(3) Die Mitgliederversammlung beschließt, sofern nicht zwingend durch Gesetz und Satzung etwas anderes vorgeschrieben ist, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Beschlüsse über eine Änderung der Satzung oder die Auflösung oder Verschmelzung des Vereins bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der an der beschlussfassenden Versammlung teilnehmenden Mitglieder, der Beschluss über die Änderung des Zwecks bedarf der Zustimmung von acht Zehnteln der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung stimmberechtigten vorhandenen Mitglieder. Soweit das Quorum an stimmberechtigten vorhandenen Mitgliedern in der beschlussfassenden Versammlung zur Zweckänderung nicht erreicht wird, kann die schriftliche Zustimmung der stimmberechtigten Mitglieder im Umlaufverfahren eingeholt werden. Über den Verlauf der Sitzung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben ist.

§ 16 – Auflösung des Vereins, Beendigung aus anderen Gründen, Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke

- (1) Für den Beschluss zur Auflösung oder Beendigung des Vereins aus anderen Gründen ist eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.
- (2) Im Falle der Auflösung des Vereins sind der Vorsitzende des Vorstands und sein Stellvertreter gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren, soweit die Mitgliederversammlung keine anderen Personen beruft.
- (3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für
 - a. die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe nach § 52 Nr. 7 AO oder
 - b. die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke nach § 52 Nr. 25 AO.
- (4) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen wurde.

Gründungssatzung 17.3.2022 (1.Fassung), 1.Änderung am 18.5.2022 (2.Fassung), 2.Änderung am 26.9.2022 (3. Fassung), 3. Änderung am 24.1.2024 (4.Fassung)